

Protokoll

über die Sitzung des Schulausschusses am Donnerstag, dem 27.11.2014, 18:00 Uhr, in der Mensa der Leine-Schule, Bunsenstrasse 3, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Hayek
Herr Stefan Porscha
Frau Ute Bertram-Kühn
Herr Thomas Iseke
Herr Manfred Lindenmann
Herr Wilfried Müller
Herr Otto Rönnebeck
Frau Magdalena Rozanska (Vertretung für Herrn Baumann)

Lehrervertreter

Frau Elke Obermüller
Frau Maren Pauselius-Gallon (ab 18:06 Uhr)

Elternvertreter

Frau Gudrun Schwarz
Herr Heinz Ziegler

Grundmandat

Herr Tobias Mundt

Verwaltungsangehörige

Herr Lars Domdey (Fachdienst 40, Protokoll)
Herr Bernd Knigge (Fachdienstleiter 40)
Frau Kerstin Kozlowski (Fachdienst 40)
Herr Maic Schillack (Dezernent 1)
Herr Bernd Stellmann (Fachdienstleiter 91)

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:10 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.10.2014
3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
4. Fortführung von Schulsozialarbeit an den Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge. **2014/252**
5. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2015 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms **2014/219**
6. Bekanntgaben
7. Anfragen

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Um 18:02 Uhr eröffnet Herr Hayek die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erklärt, dass er informiert wurde, dass die Sitzung um einen nichtöffentlichen Teil ergänzt werden müsse, wogegen sich kein Widerspruch erhebt. Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.10.2014

Der Schulausschuss fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 14.10.2014 wird genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Fragen von Zuhörern werden nicht gestellt.

4. Fortführung von Schulsozialarbeit an den Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge.

2014/252

Herr Schillack erläutert die Rahmenbedingungen zur Schulsozialarbeit und betont, dass diese grundsätzlich eine Aufgabe des Landes sei. Der Landesrechnungshof habe beispielsweise das Programm „Profilierung Hauptschule“ gerügt, wodurch Landesaufgaben unzulässigerweise auf die Kommunen übertragen wurden. Das Land Niedersachsen habe hier bereits eine Gesetzesänderung für Ende 2016 angekündigt, so dass das Programm ab 2017 wieder in Trägerschaft des Landes sei. Er erklärt, dass momentan auch die interne Organisation noch besser abgestimmt werden müsse, insbesondere bei der Betreuung von Flüchtlingen im Rahmen von Einschulungen sei eine gute Vernetzung wichtig. Die Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket solle daher bis zum 31.12.2016 durch kommunale Mittel fortgeführt werden.

Herr Müller signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Er habe früh darum gebeten, die Schulsozialarbeiter weiter zu beschäftigen, legt aber auch Wert darauf, dass die Mittel hierfür vom Land Niedersachsen zurückgefordert werden.

Herr Lindenmann teilt mit, dass im Rat bereits die breite Zustimmung aller Fraktionen deutlich wurde. Er stellt die Frage, mit wie vielen Stunden die Schulsozialarbeiter an welchen Schulen tätig seien, insbesondere die Verteilung auf die Grundschulen würde er gerne erfahren.

Herr Schillack und Herr Knigge antworten, dass eine exakte Auflistung der

Stundenanteile pro Grundschule nicht vorhanden sei, da die drei Halbtagskräfte für die drei Kernstadtgrundschulen problemorientiert arbeiten und dementsprechend eingesetzt würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen folgen, ruft Herr Hayek zur Abstimmung auf.

Der Schulausschuss fasst einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Bis zu einer abschließenden gesetzlichen Regelung über die Zuständigkeit und Finanzierung von Schulsozialarbeit durch das Land Niedersachsen stellt die Stadt Neustadt a. Rbge. in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 jährlich einen Betrag von rund 250.000 EUR zzgl. etwaiger Tariferhöhungen für Personalaufwendungen zur vorübergehenden Fortführung der Schulsozialarbeit an Neustädter Schulen bis längstens zum 31.12.2016 in den Haushalt ein.

5. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2015 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms

2014/219

Herr Knigge gibt einen Überblick über die Haushaltsplanung 2015 und erklärt insbesondere, dass die für die inklusionsgerechte Ausstattung der Schulen erforderlichen Mittel den Schulen erstattet werden sollen. Am bisherigen Verfahren der bedarfsorientierten Ausstattung sollen keine Änderungen erfolgen.

Weiterhin sollen die Kostenrichtwerte, nach denen sich einige Haushaltspositionen bemessen, vor den Haushaltsberatungen für 2016 eine Überprüfung erfahren. Auch die Budgetierungsrichtlinien werden derzeit überarbeitet. Das Verfahren, angesparte Mittel der Schulen vom Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt zu übertragen, müsse zukünftig vereinfacht werden. Grundsätzlich sei ein positives Fazit der Budgetierung zu ziehen, sie ermögliche flexible Lösungen und schnelle Reaktion der Schulen auf veränderte Gegebenheiten.

Herr Stellmann stellt die geplanten baulichen Maßnahmen detailliert vor. Die Investitionen in den Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge. belaufen sich auf ca. 2,7 Millionen Euro, das entspricht etwa 62 % der Gesamtinvestitionen der Stadt.

Frau Bertram-Kühn erkundigt sich nach dem Zustand der Sporthalle des Gymnasiums.

Herr Stellmann erläutert, dass die Halle wegen des Schimmels derzeit gesperrt sei, der TÜV habe Luftproben genommen, um diese zu untersuchen. Vertreter des Gesundheitsamtes seien ebenfalls vor Ort gewesen, gesundheitliche Bedenken bestünden jedoch nicht. Die Auswertung der Luftproben werde vermutlich zwei Wochen in Anspruch nehmen.

Herr Müller weist darauf hin, dass die Probleme mit Schimmel in der

Sporthalle nicht zum ersten Mal aufträten. Hier müsse eine Lösung für dieses bauartbedingte Schimmelproblem gefunden werden. Ein Abriss der Sporthalle sei eine Überlegung wert, ergänzt er.

Herr Stellmann erklärt, dass eine umfassende Sanierung dazu führen würde, die Schimmelproblematik zu lösen, da hier speziell die anfälligen Bauteile überarbeitet würden.

Frau Rozanska fragt, wann die Sanierung beginnen werde.

Herr Stellmann erklärt, dass die Halle wahrscheinlich noch in diesem Jahr wieder freigegeben werde und eine Sanierung etwa im Spätherbst 2015 in Angriff genommen werden könne.

Herr Iseke hinterfragt kritisch, warum die Temperatur während der Herbstferien so stark abgesenkt wurde. Er habe die Information erhalten, dass das Wasser regelrecht an den Turnmatten heruntergelaufen sei.

Herr Stellmann entgegnet, dass die Absenkung der Temperatur im Regelfall problemlos funktioniere, allerdings müssen die entstandenen Probleme kurzfristig gelöst werden. Bei den Turngeräten ist eine weitergehende Überprüfung des Befalls erforderlich.

Herr Iseke regt an, in Zusammenarbeit mit dem TSV Neustadt einen Neubau in der gleichen Größe für zwei Millionen Euro zu erstellen.

Herr Mundt weist darauf hin, dass in Wunstorf eine Zwei-Feld-Halle für rund 1,4 Millionen Euro errichtet worden sei.

Herr Iseke ergänzt, dass man die Planungskosten für die Sanierung lieber in den Abriss der alten Halle investieren solle.

Herr Stellmann erwidert, dass die öffentlichen Gelder möglichst wirtschaftlich zu verwenden seien. Von den veranschlagten 60.000,- Euro sei etwa die Hälfte verwendet worden, um eine detaillierte Bestandsaufnahme anfertigen zu lassen. Weiterhin sei ein Statiker hinzugezogen worden.

Herr Lindenmann fragt nach, ob die Reparatur des Hallenbodens der Sporthalle Helstorf als Bauunterhaltung geführt werde und deswegen nicht in der Investitionsübersicht angesprochen wurde, was Herr Stellmann bejaht.

Frau Bertram-Kühn erinnert an die Mulde im Helstorfer Hallenboden, die für eine hohe Verletzungsgefahr Sorge.

Herr Lindenmann fügt an, dass dieses Problem im Ortsrat bekannt gegeben worden sei, als Antwort der Verwaltung sei mitgeteilt worden, dass die Maßnahme im Rahmen der Bauunterhaltung durchgeführt werde.

Herr Stellmann sagt Klärung zu.

Herr Porscha erkundigt sich nach dem Stand der Sanierungsarbeiten

an der Grundschule Schneeren. Zwischenzeitlich habe er die Wahrnehmung gehabt, dass die Arbeiten am Flachdach und den Sanitärräumen der Turnhalle in Kürze beginnen würden, bisher sei allerdings noch nichts geschehen.

Herr Stellmann erklärt, dass die Sporthallen-Sanierungsreihenfolge durch den Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. festgelegt worden sei und einer Überarbeitung bedürfe.

Herr Mundt hinterfragt kritisch, ob die Reihenfolge überarbeitet oder abgearbeitet werde.

Herr Stellmann entgegnet, dass zunächst die Entwicklung der Grundschullandschaft abgewartet werden müsse und dann eine Überarbeitung vorgenommen werde.

Herr Iseke wundert sich über die unterschiedlichen Defizitbeträge von Gymnasium und KGS.

Herr Stellmann erläutert die Details der Budgetierung, die beispielsweise dazu führe, dass die Bauunterhaltung bei der KGS, die Budgetierungsstufe 3 habe, im Produkt KGS aufgeführt sei, wohingegen diese beim Gymnasium, das nur Budgetierungsstufe 1 hat, im Produkt des Fachdienstes Immobilien genannt werde.

Herr Iseke stellt fest, dass dies beispielsweise die Vergleichbarkeit der Kosten pro Schüler erschweren würde.

Herr Schillack sichert zu, dass dies in Zukunft umgestellt werden solle.

Herr Knigge fragt, ob Interesse an einer detaillierten Vorstellung der übrigen Positionen der Budgets besteht.

Herr Schillack fügt an, dass die Budgets überwiegend unverändert geblieben seien. Er kündigt auch an, dass die Budgetierungsrichtlinie in Kürze überarbeitet werde.

Weiterhin gibt er bekannt, dass die bauliche Unterhaltung für die Musikschule inklusive Außenanlage in zwei Abschnitten für die Jahre 2015 und 2016 eingeplant sei.

Herr Iseke erklärt, dass er den Ansatz für das Gymnasium als zu gering empfindet und die Drucksache daher ablehne.

Der Schulausschuss nimmt die Vorlage zur Haushaltssatzung 2015 zur Kenntnis.

6. Bekanntgaben

Herr Schillack gibt eine kurze Zusammenfassung der von der Landesregierung geplanten Änderungen des Schulgesetzes. Insbesondere die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren werde die Schulträger vor Heraus-

forderungen stellen. Hierdurch werden mehr allgemeine Unterrichtsräume sowie Fachunterrichtsräume benötigt. Weiterhin werden durch die beabsichtigten Änderungen die Laufbahnpfehlungen nach der vierten Klassen und die Zurückstufungen in den folgenden Jahrgängen abgeschafft. Die Ganztagschulen erführen eine erhebliche Aufwertung, wobei sich für die Schulträger die Frage stellt, ob dieser Weg mitgegangen werden solle. Im Primarbereich werde verstärkt auf die Bildung von Eingangsstufen und Kombiklassen als pädagogisches Konzept Wert gelegt.

Die Inklusion führe dazu, dass Förderschulen nicht mehr angewählt werden, so dass die Schule am Ahnsförth nach derzeitigen Berechnungen in zwei Jahren zur Schule ohne Schüler werden würde. Die Verwaltung mache sich hier bereits Gedanken über eine weitere Nutzung des Schulgebäudes.

Im Entwurf des neuen Schulgesetzes seien Kooperative Gesamtschulen nicht mehr vorgesehen, grundsätzlich werden Integrierte Gesamtschulen favorisiert. Nach seiner Ansicht, so Herr Schillack weiter, werde dies zukünftig zu einem nur noch zweigliedrigen Schulsystem führen, das aus einer KGS und dem Gymnasium bestehe. Wichtig sei allerdings, das momentane breite Bildungsangebot zu halten.

Herr Iseke erklärt, dass er als Beirat des Kinder- und Jugendhauses Dyckerhoffstraße dafür plädieren würde, diese Einrichtung zukünftig im Gebäude der Förderschule am Ahnsförth unterzubringen, sobald diese wegfielen.

Herr Knigge konstatiert, dass die Michael Ende Schule über zu wenig Platz und zu wenig Fachunterrichtsräume verfüge und daher Räume in der Förderschule am Ahnsförth mitnutze. Die Ausstattung sei bestens und es wäre kontraproduktiv, die Fachunterrichtsräume zurückzubauen.

Herr Schillack ergänzt, dass die Investitionen in das Gebäude an der Dyckerhoffstraße gestoppt worden seien und eine Konzentration an der Schule am Ahnsförth geprüft werde.

Herr Lindenmann lenkt den Fokus auf die Streichung der Laufbahnpfehlung und berichtet, dass diese durch zwei Beratungen ersetzt werden sollen. Relevanter ist seiner Ansicht nach die Abschaffung der Zurückstufung in den Jahrgängen 5 und 6.

Herr Knigge gibt anschließend bekannt, dass der Antrag auf Aufhebung der Grundschule Mardorf zwischenzeitlich bei der Landesschulbehörde gestellt worden sei. Eine Drucksache zur Änderung der Schulbezirke befinde sich derzeit in Arbeit.

Herr Stellmann teilt mit, dass die Schulen im Rahmen des Klimaschutzprogrammes Prämien für die eingesparte Energie erhalten. Die eingesparten Energiekosten werden zu 50% in die Budgets erstattet. Eine Pressemitteilung und eine Informationsvorlage seien in Arbeit.

Herr Iseke erkundigt sich nach den konkreten Summen, die eingespart werden könnten.

Herr Stellmann entgegnet, dass keine konkreten Summen genannt werden könnten, allerdings seien der Stromverbrauch um 5% und der Wärmever-

brauch um 22% reduziert worden.

7. Anfragen

Herr Lindenmann vergleicht die Schullaufbahneempfehlungen von Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Hannover mit denen der Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge. Hierbei sei aufgefallen, dass die Gymnasialempfehlungen in Hannover deutlich häufiger, nämlich mit 47 %, ausgesprochen werden, wohingegen in Neustadt nur für 35,4 % eine entsprechende Empfehlung getroffen werde. Im Sinne der bestmöglichen Entwicklungschancen für die Neustädter Kinder möchte er wissen, ob es vonseiten der Stadt Neustadt a. Rbge. hierfür eine Erklärung gibt. Möglicherweise könne man hier sogar entgegenwirken.

Herr Iseke entgegnet, dass die Antwort auf die Frage auf der Hand liege. Die sozialen Strukturen der Schulen würden von Eltern aufgrund der guten berufsvorbereitenden Arbeit als gleichwertig wahrgenommen und daher häufig gewählt.

Um 19:05 Uhr schließt Herr Hayek den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 11.12.2014